



Auf der Kriechspur unterwegs

Einige Gedanken zu schulischer Inklusion in der Schweiz aus Elternperspektive.
 Von Eric Scherer

Inklusion ist ein zentrales Leitbild moderner Bildungs- und Sozialpolitik. Das Recht auf Inklusion wird in der UN-Behindertenrechtskonvention (UBK) dargelegt, die von der Schweiz ratifiziert wurde und damit auch Grundlage für alles politische Handeln im Bereich Bildung darstellen sollte. Im übertragenen Sinne ist das Recht auf inklusive Bildung auch im Gleichstellungsgrundsatz der Schweizer Verfassung verankert.

Etikettenschwindel

In der Schweiz ist Inklusion auf dem Papier durchaus Realität. Eine kritische Analyse der Schulgesetze und die dazugehörigen Verwaltungsvorschriften erscheinen nach einer gründlichen Überprüfung in einem besseren Licht als ursprünglich erwartet. So postulieren viele Kantone die «Schule für alle» und viele Schulen auf Gemeindeebene schmücken sich irgendwo auf ihrer Homepage mit Begriffen wie «inklusive Schule» oder «integrative Schule». Eine nähere Überprüfung zeigt schnell, dass hier bewusst oder unbewusst Etikettenschwindel vorliegt. Die Nachfrage bei betroffenen Eltern fördert eine mehrheitlich negative Meinung zu Tage. Die Erfahrungen in der Praxis sind anders. Kinder mit «besonderen Bedürfnissen» werden je nach Fall als Störenfriede, Mehraufwand, oder Kostenfaktor angesehen.

In der strukturellen Falle

Die Anfänge inklusiver Bildung in der Praxis datieren auf die frühen 70er Jahre und sind damit nun schon gut 50 Jahre alt. Gerade in der Schweiz mangelt es aber am unabdingbaren Willen zu Inklusion. Eine zentrale Rolle

spielen dabei die Heilpädagogischen Schulen (kurz «HPS»), die in der Schweiz über eine lange Tradition verfügen und politisch und gesellschaftlich tiefer verankert sind als in vielen unserer europäischen Nachbarstaaten. In der Schweiz könnte man von einer Art «HPS-Romantik» sprechen, die schnell dazu führt, dass man mit der HPS einen nicht sauber ausgegorenen Begriff rund um das «Kindwohl» assoziiert. Dabei ist wichtig: In den Kommentaren zur UNO-UBK wird explizit auf die Unvereinbarkeit der reinen Existenz von Sozial- und Heilpädagogischen Schulen mit dem Grundsatz der schulischen Inklusion hingewiesen! Es ist durchaus sinnvoll, sich ein paar Sekunden mit diesem Gedanken zu beschäftigen: Die reine Existenz einer heilpädagogischen Schule ist mit dem Grundsatz der schulischen Inklusion unvereinbar! In der Schweiz werden Heilpädagogische Schulen, genauso wie Heime für Menschen mit Behinderung und geschützte Werkstätten, noch immer als ein wichtiger Zufluchtsort betrachtet, an dem Menschen mit Behinderung quasi die Möglichkeit haben, sich vom Stress dieser ach so schlimmen Gesellschaft zurückzuziehen. Damit leidet die Position der schulischen Inklusion in der Schweiz nicht nur an der übermässigen Präsenz von Heilpädagogischen Schulanstalten sondern auch an einer guten Prise von fehlgeleitetem Gutmenschen, wie wir es heute leider sehr häufig antreffen, das sich in Wirklichkeit aber als neue Form des Sozialdarwinismus entpuppt. Denn in der politischen Landschaft in der Schweiz verbünden sich die Kosteneinsparer mit den Romantikern.

Viele Gründe sprechen für Inklusion

Obwohl formal korrekt, hat sich die Berufung auf die UN-BRK und die damit verbundenen Grundrechte in der Schweiz als problematisch erwiesen. Vor lokalen Gremien wie Schulpflegen, Schulleitungen oder Schulräten erntet man hier schnell nur ein müdes Lächeln. Dabei schwingt die Schweizer Eigenheit und das dumpfe Gefühl, dass hier fremde Richter am Werk sind, sicher stets mit. Es ist daher sinnvoll, sich nicht auf eine rechtliche Argumentation zu beschränken, sondern die vielen guten Gründe aufzuführen, die für Inklusion sprechen.

Entlastung der Sozialsysteme

Es muss das Ziel jeder Bildungspolitik sein, eine möglichst gute Bildung anzustreben. Eine Bildung, die immer den Zugang zum ersten, offenen Arbeitsmarkt ermöglicht. Menschen, die später auf den geschützten Arbeitsmarkt angewiesen sind oder überhaupt nicht beruflich tätig werden können, verursachen schlichtweg deutlich höhere Kosten und belasten die Sozialsysteme in der Schweiz. Mit der HPS hat die Schweiz eine Art «Wohlfühl-Lumpensammler-Schule» eingerichtet – bitte verzeihen Sie den Begriff, er richtet sich nicht gegen die Schülerinnen und Schüler, sondern reflektiert das Denken vieler Entscheidungsträger. Mittlerweile «landen» auf der HPS alle, die ein bisschen kompliziert sind oder von der Norm abweichen. Aktuell sind das in einem unverhältnismässigen Umfang Kinder mit echter oder falscher ADHS-Diagnose, Kinder mit

unzureichenden deutschen Sprachkenntnissen, Kinder aus bildungsfernen Familien, die durch fehlende frühe Förderung und Erziehung hinterherhinken, und in grossen Mengen Kinder mit allen möglichen Formen von Autismus.

Dabei gilt – etwas vereinfacht und Ausnahmen bestätigen hier nur die Regel –, die HPS bereitet entgegen euphemistischer Behauptungen NICHT auf das Berufsleben vor, sondern führt geradewegs in den geschützten Arbeitsmarkt. Die «Selektion» findet hier zu einem Grossteil schon im Kindergarten oder Primarschulalter statt und gleicht einem «Urteil auf Lebenszeit». Spätere Bewegungen haben fast ausschliesslich eine Richtung: von der Regelschule in die Sonderschule. Der umgekehrte Weg ist den beschönigenden Grafiken der Bildungsdepartments vorbehalten, ohne Bedeutung in der Praxis. Dabei müsste allen, insbesondere den «kostenbewusstesten Spar-Politikern» bewusst sein: Die HPS-Schiene ist nicht nur im Schulalter die teurere Schiene – makroökonomisch und über das gesamte Leben hinweg betrachtet, ist sie sogar viel, viel kostenintensiver als «Luxusvarianten» von Inklusion.

«Ausser ein paar Stunden Assistenz, Heilpädagogik und Logopädie, gibt es so gut wie keine Strukturen rund um schulische Inklusion.»

Verfehlt Lernziele

Ein grosses Problem stellt das Festhalten an verfehlten Lernzielen dar. Zwar sprechen die meisten Schulgesetze von sogenannten «angepassten Lernzielen». Diese werden aber sowohl von vielen Pädagogen wie von vielen Schulpsychologen als reduzierte bzw. quasi «zeitlich verzögerte» Lernziele interpretiert und auch verschriftlicht. Dieser Ansatz trägt etwas grundsätzlich Falsches in sich, da die eigentlichen und «grundlegenden» Lernziele für das jeweils betroffene Kind so aus dem Blickfeld geraten. Hier ist an allererster Stelle «das Leben in einer «normalen» Gesellschaft leben lernen» zu nennen. Menschen mit

Beeinträchtigung müssen lernen, mit ihrer individuellen Beeinträchtigung ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, mit offenen und verdeckten Vorurteilen und den typischen Verhaltensmustern der Gesellschaft umzugehen. Als kleiner Denkanstoss sei nur gefragt, welches «Menschenbild» bzw. «Menschen-mit-Behinderung-Bild» hinter solchen Aktionen wie der beliebten Aktion «Denk an mich» über viele Jahre gesteckt hat. All diese Dinge sind vielleicht unschön, aber sie sind ein Fakt und ein Kind mit Beeinträchtigung muss damit leben lernen.

Ein zweites Lernziel, das auf die meisten, aber nicht alle Betroffenen zutrifft, ist der Spracherwerb oder – etwa prosaischer ausgedrückt – die Stärkung der eigenen Kommunikations- und Dialogfähigkeiten. Gerade ein Blick auf die oben genannten «Top-Kandidaten für die HPS-Aussonderung» zeigt, wie wichtig Sprachkompetenz bei der Beurteilung und damit auch beim Fortkommen ist. So hart es ist: Wichtig ist eine Dialog- und Kommunikationsfähigkeit mit der breiten Gesellschaft und deren Vertreter. Die Mehrheit der Gesellschaft wird etwa eine Gebärdensprache nie beherrschen.

Das dritte Ziel, das man letztlich immer wieder antrifft, ist der Umgang mit Konflikten. Das Leben als Mensch mit Beeinträchtigung kann sehr anstrengend sein und die vielen Hürden, mit denen man sich im Alltagsrumschlagen muss, sind belastend. Daher ist ein Umgang mit Konflikten und Eskalationen eine wichtige Eigenschaft. Umgekehrt ergeben sich natürlich auch Lernziele für die «normalen Kinder» in einem inklusiven Setting: Das Kennenlernen und der Umgang mit «Andersartigkeit». Letztlich führt dies zu einem Erlernen von Offenheit und Toleranz. Damit wird auch klar: Inklusion ist für jede Schule eine Bereicherung – nicht nur für Kinder, sondern auch für die Lehrkräfte und die Eltern der anderen Schüler, die letztlich indirekt auch etwas von Toleranz lernen. Das beinahe mystische Schlagwort hier ist «Kindergeburtstag».

Mut zur Improvisation und Kooperation

Nun hört sich doch alles ganz gut an. Und hier in der Schweiz leben wir in einem der reichsten Länder der Welt. Da sollte Inklusion doch klappen? Ein Blick auf die Statistik zeigt auch hier wieder einen scheinbaren Widerspruch: Gerade Länder mit knappen öffentlichen Kassen sind Vorreiter in der Inklusion. Der Grund ist einfach: Man kann sich die Segregation schlicht nicht leisten. Woran hapert es also in der Schweiz? Generell muss man nüchtern einen massiven Rückstand konstatieren. Im Bereich der schulischen Inklusion hinkt die Schweiz gefühlt 20 Jahre hinter vielen anderen Ländern hinterher. Verlässt man den gesetzlichen

Rahmen und schaut auf die institutionellen Rahmenbedingungen, ist das Resultat mehr als ernüchternd. Ausser ein paar Stunden Assistenz, Heilpädagogik und Logopädie gibt es so gut wie keine Strukturen rund um schulische Inklusion. In letzter Konsequenz hat die Politik die Inklusion zu einem Art Improvisations-Labor auf Gemeindeebene gemacht, das sich irgendwo zwischen tollen Einzelfällen und einer Art russischem Roulette für die Betroffenen eingeschwungen hat. Dass dieser Zustand politisch überhaupt toleriert wird, wirft doch sehr grosse Fragezeichen auf. Aber hier gilt wohl die alte Weisheit «Behindertenpolitik ist nicht sexy». Dennoch ist es sinnvoll, auf die vielen kleinen Labors zu schauen und zu versuchen, Muster und «Best Practices» herauszufiltern. Am Ende kommt man hier immer wieder auf eine klare «Zauberformel»: Improvisation und Kooperation. Schulen müssen bereit sein, zu improvisieren und von «Luxuslösungen» Abstand gewinnen. Daneben ist eine intensive und gute Kooperation zwischen Schulleitung, Lehrern und Eltern unerlässlich. Auch wenn unter Pädagogen der ständig steigende Einfluss der Eltern – oder sollte man sagen, deren «Einmischungswille» – auch kritisch gesehen wird, so ist diese «Einmischung» der Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen eine Notwendigkeit. Die Lebenssituation dieser Kinder ist komplex, die «Fallführung» der Eltern beginnt meistens schon lange vor der Schulzeit und geht meistens auch über diese hinaus. Dem muss sich Schule einordnen, mitunter sogar unterordnen. Unabdingbar dabei ist, dass die Schule hier jede Form von Machtdemonstrationen und Einschüchterung aufgibt. Der verbreitete Satz «Wenn es nicht klappt, kommt ihr Kind in die HPS» trägt jedenfalls bei den betroffenen Eltern nicht zum Vertrauensaufbau bei. ■

Dr. Eric Scherer ist Vater einer Tochter mit Downsyndrom, die nach mehrfachen juristischen Auseinandersetzungen begeistert die Primarschule besucht. Er ist Präsident des Vereins «Inklusion Aargau» und Mitglied im VSOS.

Der Verein «Volksschule ohne Selektion» engagiert sich für eine inklusive Schulentwicklung.

vsos.ch